

ker von besonnenen Mitbürgern und ebensolchen eigenen inländischen Zeitungen immer intensiver aufgefordert, bei der Abwehr aggressiver Angriffe aus dem Ausland nicht in die gleiche Tonart zu verfallen und die Empfindlichkeit der Menschen jüdischer Herkunft angesichts ihrer Leiden in der Vergangenheit zu respektieren. Die Kirche in Österreich, die sich immer mehr in ihr

Schneckenhaus zurückzieht, hat bisher zur grundsätzlichen Seite dieses Themenkomplexes geschwiegen. Das ist bedauerlich, weil die Fundamente des neuen Österreich zu einem guten Teil von Katholiken gelegt worden sind und weil die Kirche ein wichtiges Wort der Erinnerung und der Unterscheidung in dieser verwirrenden Lage dazu zu sagen hätte.

Fritz Csoklich

Diktaturen in Bedrängnis

Zu den Auswirkungen des Machtwechsels auf den Philippinen

Auf den Philippinen kehrt nach der Euphorie über den Sturz des Marcos-Regimes allmählich Ernüchterung ein. Innerhalb der Koalition von gemäßigten Politikern und Militärs gibt es ernste Meinungsverschiedenheiten über die zukünftige Wirtschaftspolitik und die Haltung gegenüber der kommunistischen Bewegung. Präsidentin Corazon Aquino wird es deshalb nicht leichtfallen, grundlegende Reformen durchzuführen, ja ihr vorsichtiges Taktieren wird bereits verhalten kritisiert. Zudem betrachten nicht alle Filipinos die Einführung einer Interims-Verfassung, die der Präsidentin weitreichende Vollmachten verleiht, als den richtigen Weg zur Demokratie.

Die katholische Kirche hatte nicht zuletzt durch ihre eindeutige moralische Unterstützung des Volksprotestes entscheidenden Anteil am Machtwechsel (vgl. HK, April 1986, 169 ff.). Sie ist nun bestrebt, die von manchen in sie gesetzten politischen Erwartungen zu dämpfen. Zwar begrüßt sie das gesellschaftliche Engagement vieler Christen gerade in den Basisgemeinden, möchte selbst aber keineswegs in die Rolle einer politischen Parteigängerin gedrängt werden. So hat sie denn vorerst auch darauf verzichtet, die Ereignisse der jüngsten Zeit öffentlich zu kommentieren. Mit Unbehagen vermerkt sie, daß viele Filipinos von ihr gleichwohl direkte Einflußnahme erwarten, etwa bei der Neubesetzung öffentlicher Ämter. So äußerte Bischof Francisco Claver Mitte März nach einer Klausurtagung: „Die Bischöfe sind nicht allzu glücklich, daß die Macht der Kirche in rein politischen (und kulturellen) Begriffen interpretiert wird“ (UCA News, 2. 4. 86). Der Sekretär der Bischofskonferenz, Bischof Nestor Cariño, machte gleichfalls deutlich, die Kirche verstehe sich durchaus nicht als „politischer Makler“. Sie strebe statt dessen eher eine „konstruktive kritische Zusammenarbeit“ mit der neuen Regierung an (UCA News 30. 4. 86).

Indessen werden Wirkungen des Umbruchs auf den Philippinen in anderen Ländern spürbar. Die scheinbare Leichtigkeit, mit der Marcos durch die „Macht des Volkes“ gestürzt wurde, hat in so mancher Militärdiktatur der Dritten Welt Besorgnis ausgelöst, obgleich die Verhältnisse in den einzelnen Staaten allenfalls bedingt mit jenen auf den Philippinen vergleichbar sind. Beunruhigt

sind vor allem solche Regime, deren innenpolitische Gegner auf massiven moralischen Rückhalt bei den christlichen Kirchen rechnen dürfen. Zahlreiche Bewegungen des Volksprotestes haben denn auch von neuem Auftrieb erhalten, wobei sich für die Kirchen wiederum die Frage stellt, welche Grenzen einem unmittelbar politischen Engagement gesetzt sind.

Südkorea: Die Opposition im Aufwind

Zu den am unmittelbarsten betroffenen Ländern gehört die Republik Korea, deren Bevölkerung vielfach unzufrieden ist. Die exportorientierte, allein an den Gesetzen des Marktes ausgerichtete Wirtschaftspolitik fordert insbesondere den ärmeren Schichten hohe Opfer ab, und breite Kreise des Mittelstandes möchten ihren bescheidenen Wohlstand nicht länger mit dem Verlust politischer Freiheiten erkaufen. Die gemäßigte Opposition der „Neuen Demokratischen Korea Partei“, die bei den Parlamentswahlen vom Januar 1985 immerhin 30% der Wählerstimmen gewann, fordert deshalb eine Demokratisierung der Zentral- und Lokalverwaltung, Rede- und Pressefreiheit sowie die Beendigung der Repressalien gegen Dissidenten bzw. Oppositionspolitiker. Nach philippinischem Vorbild demonstriert sie inzwischen die „Macht des Volkes“, um die Regierung zum Nachgeben zu zwingen. Seit März veranstaltet sie vor allem im Süden des Landes, wo sie ihre Hochburgen besitzt, friedliche Massendemonstrationen, bei denen sie zu Aktionen bürgerlichen Ungehorsams aufruft. Hierzu gehört u. a. die Verweigerung bestimmter Gebühreneinzahlungen an die staatliche Fernsehgesellschaft, die derart erfolgreich war, daß das Informations- und Kultusministerium mittlerweile zumindest über eine Medienreform „nachdenkt“. Im Februar begann die NDKP zudem eine Unterschriftensammlung, die ihren Forderungen nach der Direktwahl des Staatspräsidenten durch die Bürger Nachdruck verleihen soll. Das Ziel von 10 Millionen Unterschriften erscheint allerdings reichlich hoch gesteckt.

Wichtigste Verbündete der NDKP sind der Nationale Kirchenrat, der etwa acht Millionen Protestanten vertritt, und die katholische Kirche mit ihren rund zwei Millionen Gläubigen. Beide haben sich in der Vergangenheit

immer wieder gegen die Menschenrechtsverletzungen gewandt und für eine gerechtere koreanische Gesellschaft eingesetzt. Mit ihren Protesten bewirkten sie z. B., daß die Regierung einen Gesetzentwurf zur Disziplinierung unbotmäßiger Studenten inzwischen zurückzog. Zudem veröffentlichte die katholische Bischofskonferenz im Juli 1985 einen Hirtenbrief zur „Humanisierung in der Gesellschaft“, in dem sie beklagte, daß die einfachen Arbeiter und Bauern keinen ausreichenden Rechtsschutz genießen, oft nur Hungerlöhne erhalten und sich nicht frei in Gewerkschaften organisieren dürfen (UCA News, 14. 8. 85). Mittlerweile scheint die Regierung auf Druck der Kirchen und anderer Gruppen wenigstens bereit, eine Mindestlohn-Regelung einzuführen.

Das Beispiel der philippinischen Katholiken hat nun die Kirche in Südkorea erheblich beflügelt. So hieß es in einer Erklärung des Katholischen Gerechtigkeits- und Friedenskomitees, man habe die Rolle der philippinischen Kirche „mit gewissen Schuldgefühlen“ beobachtet (Far Eastern Economic Review, 27. 3. 86). Entsprechend unterstützt das Komitee, das von der Bischofskonferenz für Menschenrechtsfragen eingesetzt wurde, in einem 9-Punkte-Programm die Hauptforderungen der gemäßigten Opposition und befürwortet ebenfalls gewaltlose Manifestationen bürgerlichen Ungehorsams. Am 10. April gab Bischof *Angelo Kim Nam-son* deshalb im Namen des Komitees bekannt, man wolle sich am Zahlungsboykott gegen das staatliche Fernsehen beteiligen, da dieses ein Symbol fehlender Meinungsfreiheit sei (UCA News, 30. 4. 86).

Die Kirche als Anwalt der Demokratisierung

Die Unterschriftensammlung zur Änderung des Wahlrechts findet unter Kirchenmitgliedern ebenfalls breite Zustimmung. Weit mehr als die Hälfte der 1300 Priester hat inzwischen die Petition unterzeichnet. Es gibt regionale Unterschiede. Bis Anfang April hatten fast alle Geistlichen der Diözese Andong unterschrieben, in der benachbarten Diözese Taegu (deren Oberhirte als konservativ gilt) dagegen nur ein Viertel (Le Monde, 8. 4. 1986). Die Priester verstehen ihr Handeln dabei auch als Aufmunterung für jene Koreaner, die sich aus Angst vor staatlichen Repressalien nur ungern öffentlich erklären möchten. Einer der entschiedensten Befürworter des Demokratisierungs-Prozesses ist Kardinal *Stephen Kim*, der Erzbischof von Seoul, der sich seit langem einen Namen als Anwalt der Unterdrückten gemacht hat. In einer Predigt vor führenden Vertretern der Opposition (darunter *Kim Dae-jung* und *Kim Young-sam*) erklärte er ausdrücklich, es sei legitim, daß das Volk eine Revision der Verfassung begehre. Nur so könnten die Bedingungen für eine „echte Versöhnung mit Gott im religiösen, sozialen und politischen Bereich“ geschaffen werden (Le Monde, 13./14. 4. 86).

Kardinal Kim vertritt im übrigen eine ähnliche Linie wie Kardinal Sin von Manila. Er lehnt eine Politisierung der Kirche ab, versteht sich aber als Vermittler zwischen den politischen Fronten. Dieser Strategie folgend, hat er sich in der Vergangenheit nie gescheut, auch Auswüchse aufseiten der Opposition anzuprangern. Die Kirche müßte ihre Glaubwürdigkeit als unabhängige moralische Instanz verlieren, wollte sie sich politisch *einseitig* festlegen.

Der koreanische Episkopat ist sich im übrigen bewußt, daß die Kirche unter den 40 Millionen Koreanern nur eine Minderheit bildet und demgemäß eine gewisse Zurückhaltung üben muß. Er fehlt daher nicht an Stimmen, die vor einer Überschätzung der kirchlichen Möglichkeiten warnen. Einige katholische Abgeordnete der Regierungspartei mahnten sogar eindringlich, der Staat könne zu Gegenmaßnahmen greifen, sollte die Kirche „zur Destabilisierung der Gesellschaft“ beitragen. Und selbst Regime-kritische Vertreter der Kirche geben zu, daß man die Regierung nicht unterschätzen dürfe, zumal sie das Land durch Polizei und Militär weitgehend unter Kontrolle habe. Angesichts der nicht zu verkennenden Erfolge in der Wirtschaftspolitik sei ihre Macht keineswegs in den Grundfesten erschüttert. So schließt man eine ähnliche Entwicklung wie auf den Philippinen zumindest für die unmittelbare Zukunft aus.

Die Regierung ihrerseits scheint aber den Sturz des Marcos-Regimes als warnendes Beispiel zu betrachten. Sie versucht deshalb, die Oppositionsbewegung durch begrenztes Nachgeben zu bremsen, zumal sie sich im Hinblick auf die Olympischen Spiele von 1988 in positivem Licht darstellen möchte. Auf die Massendemonstrationen reagierte sie – wenigstens zunächst – mit relativer Gelassenheit. Bei den jüngsten Studentenunruhen ging die Polizei mit der allerdings wieder gewohnten Brutalität vor. Dabei wurde offenbar die schwindende Sympathie der Bevölkerung für die Studenten einkalkuliert. Die Aktivitäten der teilweise marxistisch inspirierten Studentengruppierungen sind mittlerweile selbst der gemäßigten Opposition suspekt.

Die Forderung nach einer Wahlrechtsreform beantwortete die Regierung im Mai sogar mit dem Angebot, diese Frage sowie eine mögliche Verfassungsänderung im Parlament ernsthaft beraten zu lassen. Die Regierungspartei lud zudem Vertreter der Opposition zu Gesprächen ein, unter ihnen Kim Young-sam, nicht aber Kim Dae-jung, den zweiten inoffiziellen Führer der NDKP. Dies zielt u.U. auf eine Spaltung der NDKP, gilt doch Kim Young-sam – als Befürworter einer parlamentarischen Verfassung. Der Katholik Kim Dae-jung, dessen politische Betätigung man widerwillig duldet, bisher jedoch nur mit gelegentlichem Hausarrest bestrafte, tritt dagegen für eine Präsidialdemokratie nach amerikanischem Vorbild ein. Vorerst widerstand die NDKP diesen Spaltungsversuchen, denn sie weiß zu gut, daß sie allein als geschlossene Kraft eine Chance hat, in Korea einen friedlichen Wandel herbeizuführen.

Chile: Verhärtung der Fronten

Die chilenische Militärdiktatur, die das Land mit ihrer extrem liberalistischen Wirtschaftspolitik in schwere Bedrängnis gebracht hat, scheint das philippinische Beispiel bewußt zu ignorieren. Staatschef *Augusto Pinochet* ist weiterhin entschlossen, seine Amtsführung bei den für 1989 anstehenden Präsidentschaftswahlen legalisieren zu lassen. Offensichtlich vertraut er dabei gleichermaßen auf die Unterstützung durch das Heer wie auf den mangelnden Zusammenhalt der Opposition (vgl. HK, September 1985, 432 ff.).

In der Tat fehlt es der Opposition immer noch an Einigkeit wie auch an geeigneten Führungspersonlichkeiten. Im August 1985 schlossen sich zwar 11 gemäßigte Gruppierungen auf Vermittlung durch Kardinal *Juan Francisco Fresno* zu einem „Acuerdo Nacional“ (Nationale Übereinkunft) zusammen, doch ist die Allianz recht brüchig. Der Block linker Parteien und die wiedererstarteten Kommunisten stehen zudem abseits, obwohl sie sich inzwischen um eine Annäherung an den „Acuerdo“ bemühen. Gespräche mit Kardinal Fresno, die im April 1986 auf Wunsch der Linken zustande kamen, wurden denn auch ohne Ergebnis beendet. Die Allianz tritt für die Abschaffung des Ausnahmezustandes, freie Wahlen unter Zulassung unabhängiger Parteien und wirtschaftliche Reformen ein, mit denen die Armut weiter Bevölkerungskreise bekämpft werden soll. Auf ausdrücklichen Wunsch Kardinal Fresnos hat sie darauf verzichtet, den Rücktritt Pinochets zu fordern, ja sie möchte ihre Ziele im Dialog mit dem Staatschef erreichen. Dieser ist jedoch zu keinerlei Gesprächen bereit und hat dem Regierungslager sogar jegliche Kontakte mit dem „Acuerdo“ verboten.

Das Bündnis der gemäßigten Parteien hat deshalb das Jahr 1986 zum „Jahr der sozialen Mobilisierung“ erklärt und will die Regierung durch Aktionen bürgerlichen Ungehorsams zum Dialog zwingen, z. B. durch neue „Protesttage“ sowie einen Zahlungsboykott regierungseigener Banken. Auf einer Konferenz von Oppositionellen aus fast allen Gesellschaftsschichten hieß es zudem Ende April, man betrachte den gewaltlosen zivilen Ungehorsam als legitime Waffe und werde notfalls zum Generalstreik aufrufen, sollte Pinochet nicht bis Ende Mai zu Gesprächen bereit sein. Hierbei rechnet man mit dem Wohlwollen der USA, die im März vor der UNO-Menschenrechtskommission nicht nur scharf die „andauernden schweren Menschenrechtsverletzungen“ in Chile verurteilten, sondern auch die Einführung einer demokratischen Ordnung verlangten, „die die politischen und zivilen Rechte respektiert“. Damit deutet sich zumindest in Umrissen die Möglichkeit einer Konstellation an, wie sie in ähnlicher Weise auf den Philippinen das Ende der Diktatur beschleunigte, zumal auch in der Luftwaffe und in der Marine Pinochets starrköpfige Haltung hinter vorgehaltener Hand kritisiert wird.

Die katholische Kirche, deren „Vikariat der Solidarität“

sich seit langem der politisch Verfolgten annimmt, ist derweil zum wichtigsten Faktor der gemäßigten Opposition geworden. Sie wahrt zwar ihre Unabhängigkeit als moralische Instanz, hat aber gleichwohl die Regierung in jüngster Zeit mehrfach unmißverständlich zum Einlenken aufgefordert. Am 7. April äußerte der chilenische Episkopat in einem Aufruf „Gerechtigkeit oder Gewalt“, der einzige Weg zum Frieden und zur Verhinderung von Anarchie sei, dem chilenischen Volk „in nächster Zukunft“ ein Zusammenleben nach den Wünschen der großen Mehrheit zu gestatten. Deshalb müsse man zur Demokratie zurückkehren und die Verfassung von 1981 revidieren. Erzbischof *Bernardino Pinera*, der Vorsitzende der Bischofskonferenz, sagte darüber hinaus in einem Interview: „Wenn ein bedeutender Teil der öffentlichen Meinung glaubt, die Verfassung enthalte keine ausreichenden (demokratischen) Garantien, wäre die Regierung gut beraten, sie in einer Art abzuändern, die die gegenwärtige Spannung im Lande verringert.“ Zugleich versicherte er: „Wir wollen alles tun, daß die Regierung den Dialog akzeptiert und in ihren Positionen nachgibt und daß die Opposition auf Gewaltanwendung verzichtet“ (vgl. La Croix, 17. 4. 86).

Innerhalb der Militärjunta nimmt man diese Erklärungen, die in ihrem Tenor an ähnliche Verlautbarungen der philippinischen Kirche vor dem Sturz des Marcos-Regimes erinnern, mittlerweile offensichtlich ernster. Immerhin meinte General Aubele – ohne die Stellungnahme der Kirche ausdrücklich zu kritisieren –, er wolle zwar kein Urteil abgeben, doch müsse eine Verfassungsänderung „gut durchdacht“ sein. Die Haltung der Kirche bleibt also nicht ganz ohne Wirkung. Ob sie einen entscheidenden Gesinnungswandel innerhalb des Regierungslagers bewirken und damit einen friedlichen Wandel einleiten kann, ist dennoch sehr fraglich.

Anstöße in vielen Ländern

Die Ereignisse von Manila haben den Oppositionsbewegungen in vielen autoritär regierten Staaten Auftrieb gegeben, wofür Chile und Südkorea nun als herausragende Beispiele stehen. Doch sollte man nicht überall kurzfristig eine ähnliche Wende erwarten, da die jeweiligen gesellschaftlichen Verhältnisse oft sehr unterschiedlich sind. So wird man *Benazir Bhutto* in *Pakistan* kaum als neue Corazon Aquino betrachten können, solange sie mangels eines ausgeprägten politischen Programms vor allem vom Nimbus ihres hingerichteten Vaters zehrt. Der pakistanische Mittelstand scheint denn auch angesichts der jüngsten demokratischen Zugeständnisse durch die Regierung mehrheitlich wenig gewillt, seinen bescheidenen Wohlstand für eine ungewisse Zukunft aufs Spiel zu setzen. Zahlreiche Vertreter der Opposition sehen zudem in Frau Bhutto allenfalls eine Rivalin im Kampf um die Macht. Das Militär vertraut deshalb seiner eigenen Stärke und hofft (nicht ganz unbegründet), daß die Begeisterung für Frau Bhutto rasch abkühlt, falls

sie nicht eine wirklich glaubwürdige Alternative präsentiert.

Auch die *indonesischen Militärs* müssten wohl erst dann ernsthaft um ihre Herrschaft fürchten, wenn sich die Opposition auf eine in sich geschlossene Mehrheit der divergierenden ethnischen und sozialen Gruppen stützen könnte. In *Bangla Desh* wiederum droht General Ershad weniger an seiner populären Gegenspielerin, der Tochter des Staatsgründers Mujibur Rahman, zu scheitern als vielmehr am Autoritätsverlust, den ihm seine scheidemokratischen Wahlen beschert haben. In all diesen Ländern besteht außerdem ein gewichtiger Unterschied zu den Philippinen darin, daß die führenden muslimischen Geistlichen den Regierungen längst Zugeständnisse abgerungen haben, um die Gefahr des extremistischen Fun-

damentalismus zu bannen. Sie sind kaum an neuen Konflikten interessiert, und die christlichen Kirchen besitzen allenfalls in Indonesien begrenzte Möglichkeiten, sich öffentlich gegen Ungerechtigkeit zu artikulieren. Dennoch hat sich gerade auf den Philippinen gezeigt, wieviel die geistliche Autorität der Kirchen vermag, um einen friedlichen Wandel herbeizuführen.

Katholiken wie Protestanten wurde dadurch gleichermaßen Mut gemacht, sich weiterhin gegen autoritäre Regime zu wehren. Wie sehr eine Zusammenarbeit im ökumenischen Geist hilfreich ist, beweist dabei die Entwicklung u. a. in Südkorea. Zugleich hat man jedoch gesehen, daß ein entschiedenes kirchliches Engagement nicht gleichbedeutend sein muß mit *unmittelbar* politischem Handeln.

Peter Drews

Was kann Vernunft heute leisten?

Ein Gespräch mit Professor Odo Marquard

In vielen gegenwärtigen Debatten, sei es in der Politik, der Kultur oder der Kirche, meldet sich direkt oder indirekt die Frage zu Wort, wie es mit der Vernunft steht: Rühren unsere Probleme eher daher, daß wir uns zu sehr auf die Vernunft, auf die neuzeitliche Rationalität verlassen haben, oder läßt unser vernünftiger Umgang mit der Wirklichkeit zu wünschen übrig? Über Vernunft und Vernunftgebrauch in unseren Lebensverhältnissen sprachen wir mit Professor Odo Marquard, der an der Universität Gießen Philosophie lehrt. Die Fragen stellte Ulrich Ruh.

HK: Herr Professor Marquard, wenn heute in der Philosophie die Vernunft zum Thema gemacht wird, geschieht das vielfach mit dem besorgten Hinweis auf Strömungen, die die neuzeitliche Rationalität mehr oder weniger tiefgreifend in Frage stellen und die Vernunft in die Defensive drängen. Haben die Philosophen Angst, daß ihnen die Felle davonschwimmen?

Marquard: So würde ich es nicht sehen. Schließlich sind diejenigen, die heute Rationalitätskritik betreiben, auch Philosophen, sowohl in Frankreich wie bei uns in Deutschland. Außerdem ist Vernunft ja keine eindeutig definierte Größe, so daß man auch vernunftkritische Positionen und Strömungen nicht einfach über einen Leisten schlagen kann. Es gibt die berechtigte Kritik an einem verengten Vernunftbegriff ebenso wie problematische Irrationalismen.

HK: Vernunft, sagten Sie, sei keine eindeutig definierte Größe. Nun hat aber doch die neuzeitliche Rationalität ein ziemlich klares Profil, das vor allem von wissenschaftlich-technischen Leistungen und Methoden bestimmt wird ...

Marquard: Sie dürfen nicht vergessen: Seit die moderne Welt besteht, hat es zur Einschränkung der Vernunft in

Richtung auf eine exakt werdende Kontrollvernunft immer korrigierende Positionen gegeben, die das dann jeweils Andere der Vernunft geltend gemacht haben. So gehört zu Descartes Vico, also zur programmatischen Konstituierung der modernen rationalen Vernunft die Entwicklung des historischen Sinns, wie sie durch Vico programmatisch vertreten worden ist. Zur Aufklärung tritt die korrigierende Bewegung der Romantiker, und zur wiederum stark im Zeichen der Fortschrittsvernunft, der technischen Vernunft stehenden philosophischen Bewegung in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts gehören korrigierende Positionen, wie sie etwa Nietzsche vertreten hat. Ähnliches läßt sich für die zwanziger Jahre unseres Jahrhunderts zeigen, und heute erleben wir wieder eine solche Gegenströmung.

„Im Namen der Vernunft ist sehr viel Unheil angerichtet worden“

HK: Worin liegt dann eigentlich das Spezifikum gegenwärtiger Rationalitätskritik?

Marquard: Neu ist, daß sich mit dem Protest gegen die Verengung der Vernunft jetzt plötzlich die Losung verbindet, die Moderne sei zu Ende, wir seien in die Nachmoderne oder Postmoderne eingetreten. Wo in diesem Sinne eine grundlegende Wende proklamiert und im Namen einer Verwindung der Moderne der Mythos beschworen wird, wird es mir allerdings unbehaglich. Ich befinde mich dann plötzlich in einer Gesellschaft, in der ich mich sehr selten befinde, nämlich in der von Habermas. Er sagt mit Recht, wenn ich es einmal salopp formulieren darf: Kinder, nun spielt nicht so leichtfertig mit dem Projekt Moderne herum! Nur würde ich statt vom